

Zeitgeschichte Osteuropas von den Jahren des Zweiten Weltkrieges bis in die Gegenwart

Kolloquium veranstaltet vom

Verband der Osteuropahistoriker/innen Deutschlands und dem Herder-Institut Marburg

Marburg, 24. bis 25. Februar 2005

Im Verlauf des zum vierten Mal gemeinsam vom Verband der Osteuropahistoriker/innen Deutschlands und dem Herder-Institut Marburg ausgerichteten Veranstaltung wurde in drei Sektionen ein thematisch breites Spektrum aktueller Forschungsprojekte präsentiert.

Die erste Sektion zur Geschichte der Sowjetunion nach 1945, geleitet von *Kerstin S. Jobst* (Stadtbergen), eröffnete *Jens Binner* (Hannover) mit einem Vortrag zur Situation der so genannten „Ehemaligen ‚Ostarbeiter‘ als Untergruppe der ‚Repatrianten‘ in der sowjetischen Nachkriegszeit“. Am Beispiel dieser zivilen, im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges zum Arbeitseinsatz in das Deutsche Reich verschleppten „Sowjetbürger“ zeigte der Referent eindrücklich die im Stalinismus übliche Unterteilung der sowjetischen Gesellschaft in unterschiedlich privilegierte Großgruppen und deren Konsequenzen sowohl für die betroffenen Individuen als auch für die Gesamtgesellschaft auf. Zwar sei das mitunter gezeichnete Bild der „Ostarbeiter“ resp. der „Repatrianten“ insgesamt als einer zwangsumgesiedelten und vorbehaltlos terrorisierten Gruppe unzutreffend – die „Ostarbeiter“ etwa seien eher selten Opfer offener Gewalt geworden, und ihre Rückkehr in die Sowjetunion erfolgte in der Regel freiwillig. Ungeachtet einer differenzierten Behandlung nach Kriterien wie den Umständen der Gefangennahme/Befreiung, Alter oder Geschlecht und der Behebung allzu großer Benachteiligungen der Rückkehrer durch die Repatriierungsbehörde waren die wie alle „Repatrianten“ vom NKVD als „sozial gefährlich“ eingestuften „Ostarbeiter“ aber von Bildungs- und Aufstiegschancen ausgeschlossen – und soweit sie für den Einsatz in den Arbeitsbataillonen zwangsrekrutiert worden waren, stellten sie eine „weitgehend rechtlose Verfügungsmasse des sozialistischen Wiederaufbaus der Nachkriegsjahre“ dar. Ihre Lage besserte sich nach Ende des Stalinismus vereinzelt, doch ihr sozialer und materieller Rückstand ließ sich nicht aufholen, zumal die meisten ehemaligen „Ostarbeiter“ auf die sie auch nach 1953 immer wieder einholende Stigmatisierung als „Repatrianten“ resignativ reagierten. Für die Gesamtgesellschaft bedeutete ihre pauschale Deklassierung damit zugleich die weitgehende Vergeudung des geistigen Potentials einer ganzen Großgruppe.

An diesen Vortrag schloss *Per Brodersen* (Berlin/Düsseldorf) insofern an, als den Hintergrund seines Referats „Am weitesten im Westen. Das nördliche Ostpreußen im Bewusstsein seiner russischen Bewohner 1945-1970“, in welchem er die Bemühungen der sowjetischen Behörden um die Etablierung einer sowjetischen „Geschichtstradition“ und die Ausbildung einer neuen, von der deutschen Vergangenheit gelösten regionalen Identität im Kaliningrader Gebiet beschrieb, ebenfalls eine gelenkte massenhafte Umsiedlung großer Bevölkerungsteile (darunter nicht zuletzt auch „Repatrianten“) innerhalb der Sowjetunion bildete. Im Versuch, gegen die von den Neusiedlern konkret erfahrene Fremdheit – die Mehrheit von ihnen kam aus Zentralrussland – Anknüpfungspunkte einer bejahenden emotionalen Aneignung der neuen „Heimat“ zu setzen, lässt sich die aufeinander folgende Propagierung zweier unterschiedlicher auf das Kaliningrader Gebiet bezogener Utopien feststellen. Der erste, spätstalinistische utopische Entwurf war durch das Bemühen der verantwortlichen Stellen gekennzeichnet, den nur schleppend vorangehenden Wiederaufbau durch sowjetische Fortschritts- und Aufbaupropaganda zu verdecken sowie in den Neusiedlern Stolz

auf das vermeintlich Geleistete zu wecken und damit die positive Vereinnahmung eines medial und öffentlich inszenierten, gewissermaßen aus dem Nichts neu geschaffenen und einer strahlenden Zukunft entgegensehenden Heimatidylls zu befördern. Ab den 1960er Jahren trat dann das Bild der Kalinigradsckaja oblast` als einer Region in den Vordergrund, in welcher das Ideal der kommunistischen Gesellschaft verwirklicht worden sei. Daneben stand das Bemühen, sie als integralen Bestandteil der Sowjetunion erscheinen zu lassen und die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. In zunehmendem Maße sollte eine auf propagierter wirtschaftlicher Leistungskraft aufbauende regionale Identität das Fehlen historischer Traditionen kompensieren.

Olaf Mertelsmann (Tartu) beschrieb in dem anschließenden Vortrag „Von der Markt- zur Kommandowirtschaft. Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Transformation auf das Alltagsleben in Estland in den vierziger und fünfziger Jahren“ die im Unterschied zu postsozialistischen Transformationsprozessen bislang eher unbeachtet gebliebenen, verheerenden Folgen der Sowjetisierung der estnischen, sich vor allem auf den Agrarsektor konzentrierenden Volkswirtschaft. Trotz der günstigen Ausgangslage – das Ausmaß der direkten Kriegsschäden in Estland war im Vergleich ausgesprochen gering und die Fläche-Bevölkerungsrelation sehr günstig gewesen – führte die 1949 begonnene Zwangskollektivierung rasch zu einem drastischen Verfall der Wirtschaftsleistung. Die verringerten Einkommensmöglichkeiten infolge des Einfrierens der Einkaufspreise bei gleichzeitiger Abschottung von ausländischen Absatzmärkten wurden von den estnischen Bauern mit einer Verlagerung auf Subsistenzwirtschaft und Schwarzmarkt beantwortet. Unter diesen Bedingungen erreichte die landwirtschaftliche Produktion erst in den sechziger Jahren wieder den Vorkriegsstand, ähnlich stellte sich die Situation im industriellen Sektor dar. Insgesamt kam es zu einer deutlichen Verringerung des Lebensstandards, die einen drastischen Anstieg der natürlichen Sterblichkeitsrate um rund 50% zur Folge hatte: Nach Schätzungen des Referenten forderte die Zwangskollektivierung in Estland damit zwischen 40.000 und 50.000 Tote, d.h. mehr als der Zweite Weltkrieg. Insgesamt freilich verhinderte der hohe Umfang der privaten Agrarwirtschaft dennoch, dass es in Estland zu einer solchen Versorgungskatastrophe wie in anderen Teilen der Sowjetunion kam, und bewirkte die Einwanderung von Hungerflüchtlingen aus den benachbarten sowjetischen Territorien.

In der durch einen Impulskommentar von *Guido Hausmann* (Köln) eingeleiteten gemeinsamen Diskussion der drei Vorträge standen vor allem methodische Probleme im Vordergrund. Angesichts dessen, dass sowohl *Jens Binner* (dessen Vortrag das eigentliche Thema seines Dissertationsprojekts, nämlich die Analyse des Deutschlandbilds der „Ostarbeiter“, aus Zeitgründen nur am Rande streifen konnte) als auch *Per Brodersen* (der in seiner Arbeit weitergehend die Herausbildung und Entwicklung einer regionalen Identität aus der Perspektive der Bewohner des Kaliningrader Gebiets zu untersuchen beabsichtigt) und *Olaf Mertelsmann* (für dessen Projekt neben offiziellen Dokumenten auch Selbstzeugnisse von Betroffenen zur Illustration der wirtschaftlichen Entwicklung Estlands nach dem Zweiten Weltkrieg herangezogen werden sollen) ihre Forschungen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, auf so genannten Egodokumenten aufbauen, wurden Möglichkeiten und Grenzen des Umgangs mit dieser Quellengattung diskutiert. Das wesentliche Ergebnis der Aussprache war die Empfehlung zur Zurückhaltung und Skepsis gegenüber dem (faktographischen) Erkenntniswert von Egodokumenten, deren Aussagen in vielfacher Hinsicht Beeinflussungen unterliegen.

Der Vormittag des zweiten Veranstaltungstags war unter der Sektionsleitung von *Tatjana Tönsmeier* (Berlin) der Geschichte Polens nach 1945 gewidmet. Den Anfang machte *Martin Aust* (Kiel), der zum Thema „Von der doppelten geschichtspolitischen Defensive zum Entwurf eines nationalen Konsens – Sintflut-Erinnerungen in Polen 1954-1974“ sprach. Am Beispiel einer regelrechten Konjunktur des Gedenkens an die Mitte des 17. Jahrhunderts mit polnischer Beteiligung geführten Kriege beschrieb der Referent aus der Sicht der polnischen Historiker die innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die geschichtliche Deutungshoheit zwischen Parteistaat und Kirche, die in ihrer religiösen Besetzung kollektiver Erinnerungsorte – Stichwort „Verteidigung von Tschenstochau“ gegen schwedische Truppen 1655 mit Unterstützung der Mutter Gottes – einen Großteil der Bevölkerung hinter sich wusste. In der nach 1956 veränderten

innenpolitischen Konstellation konnte allerdings – wie sich am Beispiel der filmischen Umsetzung des „Poptop“-Romans von Henryk Sienkiewicz zeigt – ein nationaler Geschichtskonsens hergestellt werden: In diesem Anfang der 1970er gedrehten Film fanden mit Einverständnis der Parteistellen nun auch Kirche und Adel einen positiven Eingang in das offizielle Geschichtsbild. Nachdem er auch den Konflikt dargestellt hatte, der sich zwischen der sowjetischen Historiographie, die mit alleinigem Geltungsanspruch eine vollständig andere Lesart der polnischen Geschichte und nicht zuletzt der historischen Beziehungen Polens zu seinen östlichen Nachbarn vertrat, und dem nationalen Selbstverständnis der polnischen Historiker ergab, plädierte Aust abschließend mit Nachdruck für eine über die reine Transfergeschichte hinausgehende Transnationalisierung der Gedächtnisgeschichte bzw. für eine Erforschung transnationaler Verflechtungen von kulturellen Gedächtnissen. Diese sei nicht zuletzt deshalb notwendig, um „Osteuropa in den Debatten der so genannten allgemeinen Geschichte präsent zu halten“.

Alexander Brakel (Mainz) trug anschließend „Zur Frage der sogenannten ‚jüdischen Kollaboration‘ in den polnischen Ostgebieten 1939-1941 am Beispiel der oblasť Baranoviči“ vor. Da in diesem von den sowjetischen Besatzern auf dem Gebiet der ehemaligen Wojewodschaft Nowogródek neu geschaffenen Verwaltungsbezirk neben Angehörigen der ehemaligen polnischen Titularnation nicht nur eine bedeutende jüdische Minderheit (rund 7%) lebte, sondern auch Einwohner weißrussischer Abstammung mit fast 40% vertreten waren, lässt sich hier das Verhalten der jüdischen Bevölkerung mit dem einer anderen Nicht-Staatsnation kontrastieren. Auf der Basis von Selbstzeugnissen sowie amtlichen Quellen hielt der Referent fest, dass der in weiten Teilen der polnischen Nachkriegsöffentlichkeit verfestigte Vorwurf, die jüdische Bevölkerung habe sich der Sowjetmacht bereitwillig angedient und sei von dieser bevorteilt worden, nicht zutreffend sei. Von einer überproportionalen Zusammenarbeit der jüdischen Bevölkerung mit den Besatzern könne nicht die Rede sein – so sei der Anteil jüdischer Mitarbeiter in der neuen Verwaltung oder den lokalen Regierungsorganen keineswegs überdurchschnittlich hoch gewesen. Ansatzpunkt weiterer Untersuchungen könnte das Ergebnis des Referenten sein, dass vielmehr Weißrussen im sowjetischen Verwaltungsapparat überproportional vertreten gewesen sind. Trotz einzelner Befunde, die scheinbar eine besondere Affinität der jüdischen Bevölkerung zur kommunistischen Ideologie belegen (wie der hohe Anteil jüdischer Jugendlicher im Komsomol, der sich allerdings in erster Linie durch ihre unter den Bolschewiki verbesserten Bildungs- und Karrierechancen erklärt), ist daher insgesamt von einer stark verzerrten Wahrnehmung der Situation durch die polnische Bevölkerung zu sprechen. Deren Ursache sah der Referent hauptsächlich in dem unter den Polen des oblasť Baranoviči vorherrschenden Gefühl der eigenen Deklassierung und Entrechtung während der Besatzungsherrschaft sowie der Wirkmächtigkeit antijüdischer Stereotype.

Das dritte Referat des Tages hielt *Jan Musekamp* (Frankfurt/Oder), der unter dem Motto „Aus Stettin wird Szczecin. Literaten in Stettin zwischen Ideologie und kultureller Aneignung 1945 bis heute“ zunächst den gezielten Versuch zur kulturellen Aufwertung Szczecins beschrieb, indem unmittelbar nach Kriegsende Schriftsteller und Dichter mit materiellen Begünstigungen in die nordwestliche polnische Peripherie gelockt wurden, um dort an der Schaffung einer neuen Erinnerungslandschaft mitzuwirken. An einzelnen Schriftstellerpersönlichkeiten exemplifizierte der Referent dann mehrere Phasen der literarischen Aneignung Stettins und seiner Umgebung und die dabei jeweils vorherrschenden Muster erzählerischer Sinnstiftung. Stand unmittelbar nach Kriegsende die dem polnischen Westgedanken verpflichtete Betonung eines ewigen deutsch-polnischen Antagonismus im Vordergrund der Aneignung der „Wiedergewonnenen Gebiete“, so trat 1949 im Zeichen des sozialistischen Realismus eine Zäsur ein. Die Integration der ehemals deutsch besiedelten Gebiete wurde für abgeschlossen erklärt, und bis zur Entstalinisierung galt nun bei Themenwahl und Ausgestaltung der Vorrang der kommunistischen Ideologie. Nach 1956 erlangte die Integration der Neusiedler in den neuen Nord- und Westgebieten wieder größere Beachtung, die die Literatur (quasi bis 1989) durch den Rückgriff auf die „urpolnische“ Vergangenheit dieser Gebiete in historischen Romanen zu fördern suchte. Nach der politischen Wende in Polen setzte dann eine in der Literatur mit dem Namen Artur Daniel Liskowacki verbundene und weiterhin anhaltende intensive Hinwendung zur deutschen Vergangenheit

Stettins ein, in der die frühere „Legitimationsliteratur“ von einer gleichwertigen Betrachtung des gemeinsamen deutschen und polnischen Erbes abgelöst worden sei.

Es schlossen sich ein ausführlicher Kommentar von *Claudia Kraft* (Erfurt) und die Diskussion der drei Vorträge an. Im Falle des Habilitationsprojekts von Martin Aust wurde vorgeschlagen, vergleichend den durch einen starken Konsens zwischen Bevölkerung, Kirche und Staat gekennzeichneten Blick auf die Polen nach dem Zweiten Weltkrieg zugesprochenen Westgebiete und deren Geschichte einzubeziehen. Was das Thema Alexander Brakels anbelangt, so wurde dessen vergleichende Ausweitung namentlich auf die weißrussische Perspektive sowie auf die Situation in den dem Deutschen Reich nach dem Überfall auf Polen eingegliederten polnischen Westgebieten für vielversprechend befunden. Für Jan Musekamps Forschungsvorhaben könnte hingegen die stärkere Herausarbeitung eines sich auf Pioniererfahrungen gründenden regionalen Klimas im literarischen Milieu Stettins sowie ein Vergleich etwa mit den im Kaliningrader Gebiet zur Anwendung gekommenen sowjetischen Aneignungsstrategien Gewinn bringend sein.

Den Auftakt zur dritten und letzten Sektion unter der Leitung von *Thomas Bohn* (Jena) zu „Wirtschaft und Gesellschaft in der UdSSR“ bildete der Beitrag von *Ragna Boden* (Marburg) zum Thema „Fortsetzung des Klassenkampfes mit anderen Mitteln? Sowjetische Entwicklungshilfepolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus am Beispiel der Republik Indonesien“. Für die von ihr untersuchte Phase einer intensiven finanziellen Unterstützung des nicht nur von den USA, sondern auch von dem sozialistischen Rivalen China umworbene Indonesien durch die UdSSR im Zeitraum von 1959-1965 kam die Referentin zu dem Schluss, dass die gängige starre Begriffsoption „Ideologie“ vs. „Pragmatismus“ zur Erklärung der sowjetischen Außenpolitik nicht hinreichend sei. Die hauptsächlich auf indonesische Initiative zurückgehende Vergabe erheblicher Mittel (nur Ägypten erhielt von der UdSSR größere Zuwendungen) an das nichtsozialistische Entwicklungsland zeige vielmehr, dass das ideologisch begründete Fernziel des Aufbaus eines sozialistischen Weltsystems im Zeichen des von Chruščev an die Stelle der stalinistischen Zwei-Lager-Theorie gesetzten „Friedenszonen“-Modells durchaus mit dem pragmatisch-machtpolitischen Ringen um Einfluss in der blockfreien Welt einhergehen konnte. Die „ideologische Zurückhaltung“ ging sogar so weit, dass die Moskauer Führung auf konkrete Zusagen der indonesischen Regierung oder eine Mitsprache bei der Verwendung der zur Verfügung gestellten Gelder verzichtete. So wurden die Mittel vor allem in militärische oder prestigeträchtige Großprojekte investiert, die weder eine Rückzahlung der ursprünglich als Kredite gedachten Gelder noch eine emotionale Bindung der indonesischen Bevölkerung an die Sowjetunion erwarten ließen. Die Schwäche dieser sowjetischen Politik wurde offenkundig, als sich Indonesien Mitte der 1960er Jahre China zuwandte, wobei das Ausbleiben einer politischen Rendite für Moskau auch auf das diplomatische Geschick des indonesischen Präsidenten Sukarno zurückzuführen ist. Das Beispiel der sowjetisch-indonesischen Beziehungen wirft damit auch ein neues Licht auf die Rolle der blockfreien Staaten im Kalten Krieg.

„Die politischen Implikationen der Kontroverse um Ethnogenese und Ethnonym in den tatarischen Transformationsdiskursen der Jahre 1987-1994“ beschrieb im Anschluss *Marlies Bilz* (Lübeck/Hamburg). Nach dem Zerfall der Sowjetunion brach innerhalb der sich formierenden tatarischen Nationalbewegung ein scharfer, öffentlich ausgetragener Konflikt um das tatarische Selbstverständnis aus. Auf der einen Seite stand eine von der Referentin als „Neo-Bulgaristen“ bezeichnete Gruppe Intellektueller und Politiker, welche im Einklang mit der zu sowjetischen Zeiten verpflichtenden Lesart die Ursprünge der Bewohner Tatarstans in dem am Mittellauf der Wolga entstandenen historischen „Reich von Bulgar“ sahen und teilweise für eine Eigenbezeichnung als „Bulgaren“ plädierten. Zum Zeitpunkt der Eroberung durch die Goldene Horde seien die „Bulgaren“ bereits eine weitgehend gefestigte und abgeschlossene Ethnie gewesen, was die Verneinung eines turkvölkischen Anteils an der „bulgarischen“ Ethnogenese impliziert. Die andere Konfliktpartei bildeten die so genannten „Neo-Tataristen“, die das Volk der Tataren unter selbstbewusster Annahme der ursprünglich pejorativen Fremdbezeichnung direkt auf die Goldene Horde zurückführten, dabei aber freilich deren mongolischen Anteil zugunsten des turkvölkischen weitgehend unterschlugen. Diese Auffassung spielt heute

in der Politik der Republik insofern eine größere Rolle, als sie ihr die Grundlage einer selbstbewussteren Politik gegenüber Moskau liefert: Sie bietet nicht nur mehr Möglichkeiten zur Idealisierung der eigenen Vergangenheit (die Tataren der Goldenen Horde als Geburtshelfer des Moskauer Reiches) als die neo-bulgaristische These, sondern die von den Neo-Tataristen betonte Abstammungsgemeinschaft zwischen den Tataren Tatarstans und den übrigen Turkvölkern der ehemaligen Sowjetunion wird damit nach den Russen zur zweitgrößten ethnischen Gruppe der Russländischen Föderation, auf deren rechtmäßige Vertretung die Regierung der tatarstanischen Republik Anspruch erhebt.

Zum Abschluss der Tagung stellte *Anke Stephan* (München) Ergebnisse ihres bereits abgeschlossenen Dissertationsprojekts „Stalins rebellische Töchter. Lebenswege sowjetischer Dissidentinnen der 1960er bis 1980er Jahre“ vor. Ausgehend von der Biographie der Dissidentin Larisa Bogoraz schilderte die Referentin das Milieu der sich Mitte der sechziger Jahre in der Sowjetunion bildenden Bürger- und Menschenrechtsbewegung und ging dabei insbesondere auf die Bedeutung oppositioneller Frauen ein, die, indem sie wie Bogoraz als Ehefrauen verhafteter Intellektueller den Kontakt zwischen den Gefangenen und der Außenwelt hielten und von den Prozessen berichteten, wesentlich für den Informationsfluss innerhalb der Protestbewegung sorgten und eine Schlüsselrolle bei der Vernetzung der einzelnen oppositionellen Gruppen einnahmen. Dennoch blieb ihnen in der durch stark männlich konnotierte Werte wie Härte, Tapferkeit und Kampfbereitschaft geprägten Dissidentenbewegung zumeist die volle Anerkennung verwehrt, sofern sie nicht selbst eine Zeit lang inhaftiert gewesen waren. Am Beispiel Larisa Bogoraz' und ihrer Lebenserinnerungen wurden so auch die Widersprüche und Konflikte deutlich, die sich zwischen dem nicht nur vom „System“ vorgegebenen, sondern auch in der dissidentischen Gegengesellschaft herrschenden Verständnis von „Gleichberechtigung“ als Übernahme männlicher Rollenvorgaben und dem eigenen, diese Geschlechterverhältnisse zumeist ablehnenden Lebensentwurf bzw. dem Weiblichkeitsverständnis für die Dissidentinnen ergaben. Verbunden damit thematisierte die Referentin erneut die bereits zum Abschluss der ersten Sektion aufgeworfene Frage nach dem Quellenwert von Ego-Dokumenten, wobei sie in ihrer Arbeit mit Blick auf die Selbstbilder der Dissidentinnen gerade auch die vielfältigen Bedingtheiten der benutzten Selbstzeugnisse interessierten.

Nach den kommentierenden Worten Thomas Bohns wurden aus dem Plenum vor allem Einzel- und Verständnisfragen gestellt, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Insgesamt aber kann die Veranstaltung nicht zuletzt dank der hohen Diskussionsbereitschaft von Zuhörern und Vortragenden und trotz der weitgehend disparaten Themen, zwischen denen sich nur bedingt Querverbindungen ziehen ließen und die ein inhaltliches Fazit nicht erlauben, als Erfolg angesehen werden.

Marco Wauker

Copyright

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2005.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Aldringenstraße 11, 80639 München
Telefon: 089 – 13 47 29, Fax: 089 – 13 47 39
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2005, Nr.028
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2005/028-05.pdf>